

Im "Querfurter Papier" von 1977 forderten evangelische und katholische Geistliche unter anderem, die Einhaltung der Menschenrechte, die in der KSZE-Schlussakte von Helsinki garantiert worden waren. Die Stasi betrachtete die Initiatoren als "feindlich".

Im August 1975 unterzeichnete die DDR die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Auf dem Papier verpflichtete sie sich damit zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten im Land. Nach der Unterschrift unter das Vertragswerk beauftragte jedoch die SED ihre Geheimpolizei, unerwünschte Nebenwirkungen, wie das Beharren der Menschen auf Ausreise oder zunehmende Westkontakte, zu bekämpfen – den Bürgern der DDR also weiterhin ihre Menschenrechte vorzuenthalten.

1977 erarbeitete ein ökumenischer Arbeitskreis aus evangelischen und katholischen Geistlichen ein Memorandum mit dem Titel "Frieden und Gerechtigkeit heute". In diesem auch als "Querfurter Papier" bekannt gewordenen Manifest forderten die Geistlichen unter anderem, den Frieden "nach innen und nach außen" umzusetzen. Dazu gehöre die Einhaltung allgemeiner Menschenrechte. Das "Querfurter Papier" argumentiert theologisch, beruft sich aber auch ausdrücklich auf die KSZE-Schlussakte von Helsinki und die darin garantierten Rechte.

Ein Vorbild für das Papier war auch die Charta 77. Diese Petition war im Januar 1977 in der ČSSR vor allem von Künstlern und Intellektuellen verfasst worden und richtete sich ebenfalls gegen die Menschenrechtsverletzungen des dortigen Regimes. Das Dokument war von hunderten bekannter Künstler und Denker unterzeichnet worden und hatte weltweit für Aufsehen gesorgt. Westliche Intellektuelle gründeten einen Ausschuss zur Unterstützung der Charta. Aus dem Kreis der Verfasser und Unterzeichner entwickelte sich eine oppositionelle Bürgerrechtsbewegung.

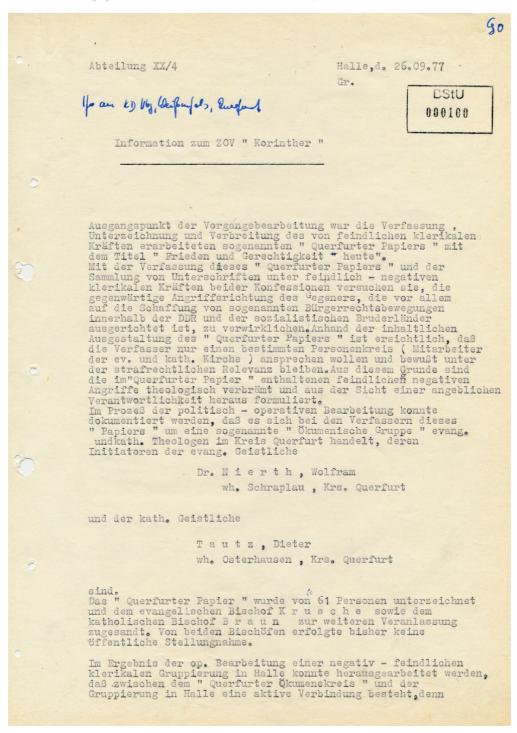
Diese Anlehnung an die Charta 77 erschien der Stasi besonders verdächtig. Obwohl das "Querfurter Papier" bei weitem nicht so große Resonanz fand, setzte die Stasi, umgehend alle Hebel in Bewegung. In dem Zentralen Operativen Vorgang "Korinther beobachtete und überwachte die Stasi die Initiatoren und Unterzeichner des Papiers umfassend. Das Dokument unterzeichnete Hauptmann Ferdinand Jonak.

Signatur: BStU, MfS, BV Halle, AOP, Nr. 3266/78, Bl. 100-102

#### Metadaten

Diensteinheit: Bezirksverwaltung Urheber: MfS Halle, Abteilung XX/4 Datum: 26.9.1977





Signatur: BStU, MfS, BV Halle, AOP, Nr. 3266/78, Bl. 100-102

Blatt 100

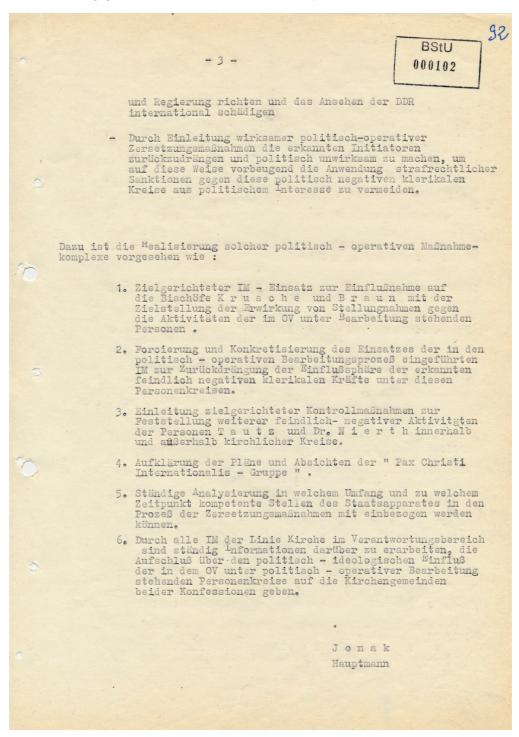


91 BStU 000101 es konnte festgestellt werden, daß vom "Querfurter Ökumenekreis" Aktivitäten ausgehen, die zur Zielstellung haben, engagierte kath. Prister und Akademiker der Gruppierung in Halle für die Verwirklichung ihrer politischen Absichten zu gewinnen. Der kath. Geistliche T a u t z forderte auf einer Beratung der negativ - feindlichen klerikalen Gruppierung im September 1977 zu gemeinsamen Aktionen der evangelischen und katholischen Kirche im Sinne einer Bürgerrechtsbewegung auf.
Tautz unterstrich, daß auf Grung der bisher fehlenden Reaktion beider Bischöfe erneut vom "Querfurter Ökumenekreis" ein Brief an sie gerichtet wurde in dem sie dazu aufgefordert werden Bei den zuständigen staatlichen Stellen vorstellig zu werden und die im "Querfurter Papier " enthaltenen Aussagen vorzutragen. 2. Das " Querfurter Papier " dem breiten Kreis der kirchlichen Mitarbeiter und Gemeindemitglieder inhaltlich zur Kenntnis zu geben. 3. Ein gemeinsames Hirtenwort zu der im " Querfutter Papier" enthaltenen Problematik abzugeben. Zur Unterstützung dieser Aktivitäten des "Querfuter Ökumene-kreises "wird von T a u t z und anderen kirchlichen Mitarbeitern angestrebt, daß von der neg.-feindlichen Gruppierung in Halle u.a. folgende Handlungen ausgehen: Einflußnahme auf die kath. Bischöfe und Christen in der DDR zur Bildung einer nationalen Kommission " Justitia et Pax ", die zur Abdeckung der feindlich negativen Absichten dieser Kräfte durch ein offizielles kirchliches Gremium gegenüber dem Staat dienen soll. 2. In Vorbereitung und Begehung des "Welttages des Friedens" am 01.01.78 das Problem der Menschenrechte verstgrkt unter den Christen in der DDR anzuregen. Dazu sollen entsprechende Korrespondenzen an die kath. Kirchengemeinden in der DDR versandt werden. In Abstimmung mit der HA XX/4 und der Abteilung IX der BV Halle soll die Ziel -u. Aufgabenstellung der weiteren politisch - op. Bearbeitung der im ZOV "Korinther" erfaßten feindlichen klerikalen Kräfte auf folgende Schwerpunkte konzentriert werden: - In der Phase der Vorbereitung und Durchführung der Belgrader KSZE - Nachfolgekonferenz solche Aktivitäten dieser feindlich negativen Klerikalen Kräfte zu verhindern, die sich gegen die Politik von Partei

Signatur: BStU, MfS, BV Halle, AOP, Nr. 3266/78, Bl. 100-102

Blatt 101





Signatur: BStU, MfS, BV Halle, AOP, Nr. 3266/78, Bl. 100-102

Blatt 102